der Privaten verzeichnet wird. Im Zusammenhang damit scheint eine weitere Neuerung zu stehen, nämlich die regelmäßige Aufnahme des Eintragungsantrages der Privaten (Nr. 160, 163, 165, 166, 173, 174, 175, 191, 192, 196, 197, 198, 199, 200, 202, 203, 204, 205, 208, 216), der in Verbindung mit jener alten Form nur vereinzelt begegnet (Nr. 110, 171) — Peterka (S. 232) begnügt sich in Ansehung des Eintragungsantrages mit der Bemerkung, „zuweilen“ sei derselbe ausdrücklich hervorgehoben, unter Hinweis auf zwei der soeben angeführten Fälle (Nr. 110, 197). Auch das gegen Ende des Buches zutage tretende Absterben des ganzen Instituts verdient erwähnt zu werden: ist auch noch 1516 eine Eintragung erfolgt (Nr. 206 — die jüngste Eintragung stammt nicht aus dem Jahre 1501 [Nr. 208], wie Peterka S. 227 und Berndt S. 161 angeben; richtig Bergl S. III), so ist doch das Jahr 1491 das letzte, das durch eine größere Zahl von Eintragungen vertreten ist, und nach ihm begegnen überhaupt nur noch die Jahre 1492, 1493, 1494, 1501 und 1516.

Weitere Hinweise würden den Rahmen dieser Besprechung ungebührlich überschreiten. Die von mir gebrachten werden zur Erreichung des Zweckes, den ich im Auge hatte, genügen: ich wollte zeigen, daß bei einer auch nur kurzen rechtsgeschichtlichen Würdigung eines Stadtbuches die verschiedensten Momente in Betracht zu ziehen sind, will man für eingehenderes Studium desselben die Wege weisen. Über das Zuviel und Zuwenig läßt sich gewiß auch hier streiten. Darum möge man in meinen Bemerkungen nicht eigentlich einen Tadel der sehr verdienstlichen neuesten Stadtbuchedition erblicken.

Halle.

Paul Rehme.

Die sogenannten Sobieslaw'schen Rechte, ein Prager Stadtrechtsbuch aus dem 15. Jahrhundert, mit einer deutschen Übersetzung herausgegeben und erläutert von Dr. Rudolf Schranil. Prager Staatswissenschaftliche Untersuchungen, herausgegeben von H. Rauchberg, P. Sander, L. Spiegel, A. Spiethoff, R. Zuckerkindl, A. Zycha, Heft 4. München und Leipzig, Duncker & Humblot 1916. 100 S. 8^o.

Dem tschechischen Texte der Quelle mit nebenstehender Übersetzung desselben ins Deutsche (S. 55—100) sind vorangeschickt ein Vorwort (S. 3), eine Einleitung (S. 5f.), eine Erörterung des Charakters der Quelle (S. 7—13), eine Darstellung ihres Inhaltes (S. 14—47), ein Bericht über die Handschriften (S. 48—52) und Angaben über die bei der Edition befolgten Grundsätze (S. 53—55).

Schranil ist durch Zycha angeregt worden, sich der Arbeit zu unterziehen. Es handelt sich um eine in tschechischer Sprache geschriebene Rechtsaufzeichnung, die in der deutschen Literatur nur wenig berücksichtigt wurde — leicht erklärlich: sie lag nur in einer Ausgabe (von Karl Jaromir Erben, Prag 1868) vor, die lediglich den tschechischen

Text bietet und auch sonst unzulänglich ist (S. 3, 53). Und doch verdient sie Beachtung auch von deutscher Seite. Sie ist ein Rechtsbuch, und zwar ist beabsichtigt die Darstellung des Rechtes der Altstadt Prag (S. 7). Darin, daß sie aus dem 15. Jahrhundert stammt, war man sich in der Literatur einig; während aber früher ihre Entstehung in das Jahr 1421 gesetzt wurde, verlegte dieselbe eine neuere Ansicht, namentlich von Čelakovský vertreten, in die Jahre 1439 bis 1447, und Schranil (S. 8f.) schließt sich dieser Meinung mit guten Gründen an. Die Abfassung des Rechtsbuches fällt demnach noch in den Ausgang der hussitischen Bewegung, die mit der Zurückdrängung des Deutschtums die möglichste Beseitigung des deutschen Rechtes erstrebte, das sich in Böhmen auf altdeutscher Grundlage entwickelt hatte. Dies zu bedenken ist erforderlich, um die Quelle würdigen zu können. Schranil (S. 3) sagt mit Bezug darauf: Nachdem durch jene Bewegung „im ganzen Lande ein Umsturz der bisherigen Rechtsordnung herbeigeführt worden war, erwies sich ein Neubau als nötig, und dies erkannte man vor allem in der Hauptstadt des Landes selbst. Trotz der vielen Neuerungen ließen sich die Brücken zur Vergangenheit nicht zerstören, umsoweniger, als man die Notwendigkeit empfand, die neuen Einrichtungen mit dem Schein hohen Alters zu umgeben. Um dem Neuen eine höhere Autorität zu sichern, wurde altes und neues, wahres und vermeintliches Recht miteinander verknüpft und das Ganze als längst bestandene Ordnung ausgegeben. So kennzeichnen sich die Sobieslawischen Rechte als ein charakteristisches Erzeugnis des reformierenden Geistes der damaligen Zeit, ausgezeichnet im übrigen durch stofflichen Reichtum, der über die öffentlich- wie privatrechtlichen Verhältnisse in zahlreichen Einzelbestimmungen sich erstreckt.“ Der Verfasser des Rechtsbuches ist nicht bekannt; er war wohl ein Stadtschreiber (S. 7, 9f.). Das Rechtsbuch zerfällt in zwei Teile, denen verschiedene Zusätze beigelegt sind. Schranil (S. 7) führt darüber im Anschluß an Angaben der Quelle selbst (S. 55, 58) aus: „Der eine Teil gibt sich als ein zur Zeit des Wyschehrader Fürsten Sobieslaw geschaffenes Recht aus, wurde angeblich durch einen Staatsvertrag zwischen Fürst und Ständen unter Sobieslaw I. (1125—1140) festgesetzt und bis zum Ende der Przemyslidenherrschaft beobachtet. Dies sind die eigentlichen Sobieslawischen Rechte; sie betreffen nicht innerstädtisches Recht, sondern beziehen sich auf die Landesverfassung“ — offenbar nach ihnen hat das ganze Rechtsbuch in der Literatur seinen Namen: „Die Sobieslawischen Rechte“ erhalten; auch Schranil bezeichnet dasselbe so, nicht nur auf dem Titelblatte, sondern auch an anderen Stellen (so S. 3, 7, 48), was zu Mißverständnissen führen kann. Der zweite Teil „in seiner vermutlich ältesten Gestalt“ „betrifft Freiheiten und Rechte . . . der Altstadt Prag, enthält überwiegend innerstädtisches Recht und wird zurückgeführt auf König Johann von Luxemburg, der angeblich 1310 der Altstadt Prag dieses Recht verliehen hat. Durch Zusätze von Anordnungen Karls IV. von 1351 . . . und eine Reihe von Nachträgen und Zusätzen, welche teilweise auf Ottokar II. zurückgeführt werden, wurde der ursprüngliche Inhalt stark erweitert“.

Das Rechtsbuch ist in einer großen Menge Handschriften erhalten. Schranil (S. 48 ff.) zählt von ihnen 15 als ihm „erreichbar gewesen“ auf. Diese weichen nicht unerheblich voneinander ab, indem die Abschreiber ihnen nicht passend erscheinende Sätze weggelassen und manche Umstellungen vorgenommen haben (S. 54). Schranil (S. 53) meint zwar, eine Reihe älterer Handschriften gewähre uns über die vermutlich ursprüngliche Textgestalt Aufschluß, unternimmt aber wohlweislich nicht den Versuch, den Urtext zu rekonstruieren. Immerhin glaubt er, eine möglichst „reine Darstellung“ des ältesten Teiles, der eigentlichen Sobieslawschen Rechte, dadurch bieten zu können, daß er seiner Ausgabe die älteste bekannte Handschrift (beruhend in der Wiener Hofbibliothek) zugrunde legt (S. 54), womit man vollkommen einverstanden sein wird. Er berücksichtigt jedoch auch andere Handschriften. Aber wie? Er erklärt (a. O.): „Von den der Ausgabe nicht zugrundegelegten Handschriften wurden jeweils nur die wichtigeren Varianten aufgenommen“, und eine halbe Seite später drückt er dies genauer so aus: er habe alle Varianten, welche nach seinem Dafürhalten auf die rechtliche Bedeutung der bezüglichen Stelle keinen Einfluß haben, unberücksichtigt gelassen. Was heißt denn „wichtiger“? Dem einen erscheint dies als wichtig, dem anderen das, und nicht selten kommt es bei der fortschreitenden Behandlung einer Quelle vor, daß sich erst im Laufe der Diskussion eine Variante in den Augen vieler oder aller Forscher als bedeutsam herausstellt, die früher kaum beachtet worden war. Soll das „Dafürhalten“ des Herausgebers maßgebend sein und bleiben? Die Quelle soll der Herausgeber zugänglich machen; seine eigene Person hat er in den Hintergrund treten zu lassen und auch insoweit eine entsagungsvolle Tätigkeit zu üben. Jener Editionsgrundsatz Schranils ist aufs schärfste zu mißbilligen. Wenn Schranil wirklich nicht die sämtlichen Handschriften erreichbar waren (warum eigentlich nicht?), hätte er doch die ihm erreichbar gewesen — abgesehen von den etwa als gänzlich wertlos nachzuweisenden — vollständig berücksichtigen, d. h. aus ihnen alle Varianten anmerken müssen. So steht seine Edition leider nicht auf der Höhe, ohne darum schlechthin unbrauchbar zu sein. Hinsichtlich seiner Übersetzung sagt Schranil (S. 54 f.): „Die Übersetzung habe ich möglichst wörtlich gehalten, da die Darstellung des Rechtsstoffes [auf die ich sogleich zu sprechen kommen werde] Gelegenheit bot, den Sinn der Artikel wiederzugeben. Es haben sich jedoch begreiflicher Weise der wörtlichen Übersetzung manchmal erhebliche Schwierigkeiten entgegengestellt. Nicht nur, daß manche Worte gerade in der für sie bezeichnenden Bedeutung nicht wiederzugeben sind, war es manchmal mangels näherer Anhaltspunkte sehr schwer oder unmöglich, überhaupt für die Bedeutung des Wortes an der bezüglichen Stelle einen bestimmten, jeden Zweifel ausschließenden Standpunkt zu vertreten“ In Ermangelung jeglicher Kenntnis der tschechischen Sprache vermag ich über den Wert der Übersetzung kein Urteil zu fällen. Allein es wird mit mir wohl ein jeder sich des Gefühles nicht erwehren können, daß das eigene Eingeständnis Schranils nicht gerade Vertrauen erweckend wirkt.

Was die „Darstellung des Rechtsstoffes“ anlangt, so habe ich folgendes zu bemerken. Schranil beabsichtigt, mit ihr „den Sinn der Artikel wiederzugeben“ (S. 55), „eine kurze Kommentierung“ (S. 3), nicht „eine umfassende Bearbeitung des Prager Stadtrechts des 15. Jahrhunderts“ (S. 14). Er folgt aber in der Anordnung des Stoffes nicht der Quelle, trägt diesen vielmehr nach dem modernen System vor, was namentlich bei dem Privatrecht in — man möchte sagen — sklavischer Weise geschieht; ob dies der beste Weg für die Betrachtung mittelalterlichen Rechtes ist, möge hier dahingestellt bleiben. Von einem wirklichen Eindringen in die Tiefe ist nirgends etwas wahrzunehmen; man liest im allgemeinen nur Andeutungen, kaum über das hinausgehend, was das Rechtsbuch selbst sagt: im Grunde liegt nichts anderes vor als eine nach dem modernen System geordnete Umstellung der Sätze desselben. Ohne Zweifel wird dadurch das Studium der Quelle erleichtert, bei dem man freilich wohl manchmal zu einer anderen Auffassung des Sinnes der einzelnen Artikel als der bei Schranil hervortretenden gelangen kann. Das Wichtigste, was Schranil zu tun hatte, war m. E. die Nachweisung der Eigentümlichkeiten des Prager Rechtes, wie es in dem Rechtsbuche vorgeführt wird, namentlich einerseits der deutschen, andererseits der tschechischen Bestandteile desselben. Hier versagt Schranils „Darstellung des Rechtsstoffes“. Ein paar Andeutungen in dieser Richtung macht er in dem vorhergehenden Abschnitte über den Charakter des Rechtsbuches, indem er (S. 11 ff.) darauf hinweist, daß in diesem ersichtlich seien eine große Machtentfaltung der Stände gegenüber dem Königtum (S. 11), eine „ganz hervorragende Stellung des Bürgermeisters“ (S. 11 f.), eine Abschwächung des Deutschenhasses (S. 12), daß trotz der Absicht des Verfassers, „eine den durch die hussitische Bewegung geschaffenen Zuständen Rechnung tragende einheimische Rechtsquelle zusammenzustellen“, das deutsche Recht in dieser „auf Schritt und Tritt durchblicke“ (S. 13). In der Tat liest sich Schranils Darstellung des Rechtsstoffes im wesentlichen so, wie eine Darstellung des Rechtes vieler anderer deutscher Städte auch hätte ausfallen können. Dabei unterläßt es Schranil aber, das deutsche Recht des Prager Rechtsbuches in den Rahmen des deutschen Stadtrechts überhaupt zu bringen; nur gelegentlich entschlüpft ihm bei der Erwähnung einer bestimmten Rechteinrichtung das Wort, sie finde sich in Prag „wie überall“ (S. 46). So hat er sich denn auch bei der Heranziehung von Literatur im großen und ganzen auf die Schriften über das Prager Recht beschränkt (tschechische wie deutsche), und von den vielen Problemen, welche die weitere deutsche Stadtrechtsforschung beschäftigt, verläutet bei ihm kaum etwas.

Zutreffend erscheint mir die Kritik, die Schranil (S. 13) an dem Rechtsbuch als Leistung im ganzen übt. Er erblickt in ihm eine Tendenzschrift (darüber schon vorhin); die begonnene Arbeit sei aber nicht zu Ende geführt worden, nur ein Teil sei wirklich durchgearbeitet, im folgenden sei die Kraft des Verfassers erlahmt, und er habe sich nun mit Zusammenstellungen, einer Aneinanderreihung verschiedener Rechtsätze begnügt; so könne, im ganzen genommen, die Arbeit lediglich als

ein Versuch einer Aufzeichnung des einheimischen Stadtrechtes, als ein unfertiger Entwurf gelten. Wie steht es aber mit dem Werte des Rechtsbuches für die eigentliche Rechtsforschung? Daß dasselbe literärsgeschichtlich nicht ohne Wert ist, liegt auf der Hand. Ist es aber auch geeignet, als zuverlässiger Wegweiser zur Ermittlung des einstmals in Prag wirklich geltenden Rechtes zu dienen? Schranil (S. 3, 48) meint, für das hohe Ansehen, das es genossen habe, spreche der Umstand, daß es von 1447 bis etwa 1536 „fast in allen Rechtshandschriften eingetragen“ sei, „fast in keiner Rechtsaufzeichnung übersehen“ sei, und hieraus folgert er (S. 13), man könne „die Quelle grundsätzlich als praktisches Recht auffassen“, was auch bisher in der (neueren) Literatur über das Recht der Stadt Prag im 15. Jahrhundert stets geschehen sei. Das ist denn doch wohl keine Argumentation! Daß eine juristische Privatarbeit oftmals abgeschrieben ward, beweist keineswegs ihren praktischen Wert, und was für eine Ansicht andere moderne Schriftsteller bezüglich derselben äußern, ist gleichfalls ohne Belang, wenn sie sich auf eine Prüfung der Frage nicht eingelassen haben. Schranil hätte an der Hand sicherer Quellen, unter denen die Urkunden und Urteile den ersten Rang einnehmen, versuchen müssen, die Antwort zu finden; beschwerlich wäre der Weg gewesen, aber zum Ziele hätte er aller Wahrscheinlichkeit nach geführt. Bis er mit Erfolg gegangen ist, müssen wir die bedeutsame Frage offen lassen.

Halle.

Paul Rehme.

Ernst Mayer, Hundertschaft und Zehntschaft nach niederdeutschen Rechten. Deutschrechtliche Beiträge, herausgegeben von Konrad Beyerle, XI. Bd. 1. H. Heidelberg, Carl Winters Universitätsbuchhandlung 1916. 174 S. 8°.

Durch das vorliegende Buch soll bewiesen werden, daß die Hundertschaft ein zahlenmäßiger Begriff, ein Komplex von hundert Einheiten ist. Diese Einheit soll für England die Hide sein, also „das bestellte, in Sussex und Kent aber das bestellbare und deshalb doppelt so große Ackerland eines Geschlechtsverbandes“. Auch in Sachsen und Friesland soll der Go aus „hundert . . . vollberechtigten Geschlechtshäuptern“ bestehen. Auf diese niederdeutschen Gebiete beschränkt sich das Buch dem Titel nach; doch sind Seitenblicke auf skandinavische Quellen häufig.

Die englischen Verhältnisse werden für sich allein im 1. Abschnitt untersucht, die sächsischen und friesischen zusammen im 2. Abschnitt, und zwar jedesmal „die Verbände“, „die Zahlenverhältnisse“, „Dingpflicht“ und „Gilde“ in eigenen Paragraphen. Ein innerer Zusammenhang dieser einzelnen Kapitel mit dem in den beiden §§ 2 und 5 über die Zahlenverhältnisse behandelten Hauptproblem ist nicht überall ersichtlich. Die übrigen Paragraphen beschränken sich zum Teil auf eine selbstständige Darstellung der einschlägigen Erscheinungen. Dies rechtfertigt wohl eine Vorwegnahme der §§ 2 und 5.

Der Grundgedanke des England behandelnden § 2 ist oben mit-